

Julian Nida-Rümelin

## Elemente europäischer Identität<sup>1</sup> für Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Das Projekt der europäischen Einigung ist trotz, wohl auch wegen der jüngsten Erweiterung der Europäischen Union um zehn weitere Mitgliedsstaaten ins Stocken, wenn nicht in eine Krise geraten. Für die aktuelle europapolitische Lage gibt es ein ganzes Bündel von Verantwortlichkeiten. In Frankreich etwa kam die Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfes vor allem dadurch zustande, dass die traditionellen Europagegner von rechts eine wesentliche Verstärkung von links erfuhren, wo die fehlende soziale Dimension der EU-Politik beklagt wurde. In der Tat wurden die Sozialagenden der Europäischen Union viele Jahre in der Regierungszeit Thatcher von Großbritannien blockiert und New Labour schwächte diesen Blockadekurs nur unwesentlich ab, jetzt aber sind es die neuen vordem kommunistischen Mitgliedsstaaten aus dem Osten, die ihre kompetitiven Vorteile niedriger Löhne, Steuern und Sozialabgaben nutzen wollen. Ältere historische Reflexe – die besondere transatlantische Bindung zwischen Großbritannien und den USA und die anti-deutschen Vorbehalte in Polen, Tschechien und anderen europäischen Ländern - erlaubten es der USA im Konflikt um den Irak-Krieg und angesichts einer sich abzeichnenden außenpolitischen Achse Paris-Berlin-Moskau (-Peking) eine Spaltung in sog. alte und neue Europäer zu organisieren, die unterdessen (teilweise durch Regierungswechsel) wieder weniger sichtbar ist und angesichts des Irak-Desasters wohl in kurzer Frist auch nicht mehr aufbrechen wird. In einem dramatischen Augenblick der europäisch-amerikanischen Beziehungen war jedoch die äußerste Fragilität der europäischen Einheit deutlich geworden, ja die Festlegungen seit Maastricht, etwa auf eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, eines

---

<sup>1</sup>Kurzfassung eines Vortrages, gehalten am 20. Juni 2006 am Centrum für Angewandte Politikforschung in München. Die Langfassung wird in den Proceedings der Tagung [...] hg. von Julian Nida-Rümelin und Werner Weidenfeld erscheinen

Tages vertreten durch einen gemeinsamen EU-Außenminister, scheinen seitdem Makulatur zu sein, bevor sie überhaupt ernsthaft ins Werk gesetzt wurden.

Erweiterung und Vertiefung, dies war die Formel mit der die Spaltung Europas nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime überwunden werden sollte. Diese Vertiefung wurde aber nicht mehr vor der Erweiterung ins Werk gesetzt und nun sind die Bedingungen dafür schwieriger geworden als je zuvor. In einigen der zuletzt aufgenommenen Mitgliedsstaaten ist das politische Bewusstsein dafür, dass die Aufnahme in die Europäische Union mit einer Abgabe nationalstaatlicher Souveränität verbunden ist, schwach entwickelt. Insbesondere die neue rechts-konservative Regierung Polens nutzt diese Stimmung für einen betont nationalistischen Kurs, der sich besonders gegenüber Deutschland, teilweise auch gegen Frankreich absetzt und einer vertieften EU-Integration entgegensteht. Manche der Kandidaten für eine Aufnahme, wie etwa Kroatien, Slowenien, schließlich auch Montenegro haben sich erst kürzlich als Nationalstaaten konstituiert – da fällt es schwer einen Teil nationalstaatlicher Souveränität wieder abzutreten. Der sozialistische Vielvölkerstaat Titos war stärker integriert, als die heutige EU, wurde aber bei allen Unterschieden ebenfalls von der Idee einer supranationalen politischen Einheit, mit Repräsentationsrechten der einzelnen Volks- und Sprachgruppen geleitet. Umgekehrt gilt allerdings auch, dass eine frühzeitige europäische Perspektive für die Region des früheren Jugoslawien, den nationalistischen Schwenk der vordem sozialistischen Nomenklatura und damit die Bürgerkriege, jedenfalls ihre dramatische Eskalation, wohl hätte verhindern können. Der rezente Nationalismus auf dem Balkan ist auch Ausdruck eines Politikversagens des Westens generell und der EU speziell.

Aber es gibt weiter und historisch tiefer reichende Verantwortlichkeiten für die aktuelle Lage. Die Visionäre der europäischen Einigung, De Gaspari, Adenauer, vor allem aber Monnet hatten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem eine europäische Friedensordnung im Auge. Die römischen Verträge jedoch regelten europäische Wirtschaftsinteressen im Bereich Kohle und Stahl, also der Montan-Industrie, sowie im Bereich des Handels (EWG-Vertrag). Der Etat der so gegründeten Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde zum größten Teil für die Förderung der Landwirtschaft eingesetzt (auch heute noch zu fast 50%). Die damit begonnenen europäischen Politiken waren zum Teil sehr erfolgreich, dies wird besonders deutlich, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung der jeweils neu integrierten Mitgliedstaaten ansieht. Die europäischen Strukturfonds spielten für den Aufholprozess ärmerer Regionen eine wichtige und erfolgreiche Rolle. Zugleich aber wurde der Hiatus zwischen der Vision einer europäischen Friedensordnung im Bewusstsein

gemeinsamer kultureller Werte und historischer Traditionen einerseits und dem Klein-Klein der interessengesteuerten, überwiegend intergouvernementalen europäischen Abstimmungsprozesse, begleitet von einer zunehmend autonomen EU-Bürokratie der Kommission, immer größer. Die Strategie, übergreifende Zielsetzungen möglichst gar nicht anzusprechen, jedenfalls sie nicht zur Grundlage einer langfristigen europäischen Integrationsstrategie zu machen, vielmehr scheinbar den Prozess der Integration, wo immer es pragmatische Spielräume dafür gibt, voranzutreiben, kann spätestens heute als endgültig gescheitert gelten.

Joschka Fischer hatte als deutscher Außenminister die Debatte um die sog. Finalisierung mit seiner Humboldt-Rede (FN) noch einmal angestoßen, die dann aber im Schwung der Erweiterung und der eskalierenden, vor allem außenpolitischen Konflikte rasch wieder verebbte. Mit wem immer man heute spricht, es dominiert eine Stimmung der Ratlosigkeit, gelegentlich auch des mit Zynismus unterfütterten Pragmatismus. Schließlich laufen die Abstimmungsprozesse wie eh und je - wobei unterdessen mehr Sprachen zu berücksichtigen sind - und die Bürokratie der europäischen Kommission fühlt sich eher gestärkt, das EU-Parlament strebt nach der Rolle einer europäischen Legislative, ohne dass dies, jedenfalls mittelfristig, eine Chance hat und die Strukturfonds tun nach wie vor, jetzt auch im östlichen Mitteleuropa, ihre gute Wirkung. Bleibt also nur abzuwarten, Stimmungen auszuloten und in einem günstigen historischen Augenblick den im ersten Anlauf gescheiterten Verfassungsentwurf möglichst unverändert, eventuell unter einem anderen Titel, einzubringen? Oder ist Europa in eine Falle gegangen, aus der es sich auf lange Frist nicht mehr befreien kann? Geschwächt angesichts neuer aufkommender Supermächte wie China und Indien, innerlich zerstritten über das Verhältnis zur ersten Supermacht USA, uneins über das Ziel der Integration?

Krisen als Chancen zu nutzen, ist eine wohlfeile Empfehlung in der Wirtschaftsberatung. Aber im Falle der europäischen Integration scheint es dazu keine Alternative zu geben. Eine Fortsetzung der gegenwärtigen Schockstarre kann sich das Projekt Europa jedenfalls nicht auf Dauer leisten. Eine angemessene Antwort auf die gegenwärtige Krise der europäischen Integration hat mehrere Teile: Erstens eine Verständigung auf das normative Fundament der europäischen Integration, zweitens ein angemessenes Verständnis europäischer Staatlichkeit und europäischer Bürgerschaft und drittens eine Finalisierung der EU-Integration und der EU-Erweiterung.

Hier konzentriere ich mich auf den ersten Punkt und argumentiere für bestimmte normative Fundamente des europäischen Einigungsprozesses. Ohne einen normativen Grundkonsens, der mehr umfasst, als das Beschwören europäischer Vielfalt, wird die Europäische Union zu fragil bleiben, um die Rolle zu spielen, die sie spielen will – in der Weltpolitik und gegenüber den Mitgliedsstaaten. Diese Gemeinsamkeit ist nicht lediglich historisch oder kulturell verfasst, sondern Ergebnis normativer Setzungen und Anerkennungen, deren politische und gesellschaftliche Wirksamkeit, deren „Geltung“ nur Ergebnis eines europaweiten öffentlichen Diskurses sein kann. Dieser normative Konsens kann angesichts der Geschichte Europas nicht einfach eine Verlängerung kultureller Traditionen darstellen, er muss gestiftet werden und auf dem öffentlichen Austausch von Gründen beruhen.

Die Identität Europas, von der hier die Rede sein soll, ist normativ verfasst. Es geht uns nicht um die Fortschreibung historischer Traditionen, auch nicht um empirische Befunde der Mentalitätsforschung, nicht einmal um die heute wirksamen kulturellen Werte und Normen. Auch wenn die Identität, von der hier die Rede ist, normativ verfasst ist, so macht es doch Sinn, ja es scheint unverzichtbar, diese an historische Traditionen und Erfahrungen anzubinden. Was wir beabsichtigen, mag daher manchen als eine Art Spagat erscheinen: Auf der einen Seite die Orientierung an universellen Normen und Werten, die Behauptung, dass es objektive moralische Sachverhalte gäbe und auf der anderen Seite die Einbettung der Begründung in die partikuläre politische Kultur und die europäischen historischen Traditionen. Ich werde im Zuge der substantiellen Erörterung einer normativ verfassten europäischen Identität – hoffentlich – deutlich machen, dass dieser Spagat jedenfalls nicht unmöglich ist, dass er nicht versucht Unmögliches zusammenzubinden.<sup>2</sup>

Wer über europäische Identität spricht, sollte bei den *Spaltungen* beginnen. Seit seinen Ursprüngen begleitet Europa eine Dialektik von Spaltung und Grenze. Die griechische und römische Mittelmeerkultur, das Archipel, von dem Massimo Cacciari<sup>3</sup> spricht, zusammengehalten durch die Wege des Meeres, nicht durch die Wege des Landes, bildet bei allen Auseinandersetzungen, mörderischen Kriegen, anhaltenden Konkurrenzen eine eben archipelagische Einheit der vielen Einzelidentitäten, miteinander verbunden durch wechselseitige kulturelle Befruchtungen, durch Handel und Migration. Über Jahrhunderte spricht der Osten dieses Europa *avant la lettre* Griechisch und der Westen Lateinisch. Diese

---

<sup>2</sup> Vgl. JNR: „Über die Vereinbarkeit von Universalismus und Pluralismus in der Ethik“, in ders. *Demokratie als Kooperation*. Frankfurt am Main: stw. 1999. S. 207-222.

<sup>3</sup> Massimo Cacciari: *Europa Archipelago...*

Differenz ist zunächst vor allem eine kulturelle zwischen römischem Staats-Pragmatismus und griechischer Intellektualität, die dann in den besten Jahrzehnten des *imperium romanum* zu einem Amalgam wird, das den gesamten Mittelmeerraum dauerhaft imprägniert. Um die Zeitenwende blüht dieses Imperium auf der doppelten Grundlage römischer Staatstradition und griechischer Intellektualität und Kultur.

Über viele Jahrhunderte scheiden sich Ost-Rom und West-Rom ziemlich getreu der Sprach- und Kulturgrenze des Griechischen und des Lateinischen. Wer die heutigen Ostgrenzen der Europäischen Union nachzeichnet, wird feststellen, dass bis auf eine bezeichnende Ausnahme, die europäischen Territorien mit überwiegend orthodoxen Traditionen in der Verlängerung des byzantinischen Reiches nicht dazu gehören. Slawische Territorien ja, sofern sie frühzeitig dem katholischen Kulturkreis angehörten, orthodoxe – mit Ausnahme Griechenlands – nein.

Weitere Spaltungen folgen: Die zwischen Protestantismus und Katholizismus im 16. und 17. Jahrhundert, die zwischen den entstehenden Nationalstaaten im 18. und 19. Jahrhundert, die zwischen Faschismus und Demokratie in der ersten Hälfte des 20. und dann zwischen West- und Osteuropa in der zweiten Hälfte. Und immer stellt sich die Frage, welche dieser Spaltungen als eine (neue) Grenze Europas zu interpretieren ist, oder ob diese gar ein Ende Europas bedeutet. Das europäische Projekt muss sich immer wieder von Neuem gegen diese Spaltungen und Selbstaflösungen behaupten.

Der historisch formulierte Befund einer Nord-West-Verschiebung Europas seit der ausgehenden Antike kamoufliert eine normative Identifikation, nämlich die Europas mit der katholischen Romanität<sup>4</sup>. Wenn das katholische Rom als das geistige Zentrum Europas begriffen wird, dann setzt dies eine mittelalterliche Sichtweise fort für die Europa das katholische Abendland umfasste, während das ehemals europäische Morgenland zu einem östlichen, griechisch und orthodox bzw. dann zunehmend muslimisch geprägten europäischen Ausland wurde.

Jeder Nationalstaat pflegt Gründungsmythen, die historisch meist auf schwachen Füßen stehen. Auch im Falle Europas gibt es einen Gründungsmythos, der sogar historisch hinreichend belegt ist, um einen wichtigen Pfeiler der normativ verfassten Identität Europas zu stützen. Dieser Gründungsmythos spielt im klassischen Griechenland und um ihn in seiner Substanz angemessen zu erfassen, ist ein kleiner Exkurs notwendig. Die kurze und bis heute

---

<sup>4</sup> Kardinal Josef König ist einer der bedeutsamsten Vertreter dieser normativen Identifikation, vgl. ...[dazu hatten wir schon einmal einen Sammelband in dem auch J König vertreten war, ausgeliehen]

so faszinierende Blüte der griechischen Polis-Kultur bestand ihre Bewährungsprobe in den Persischen Kriegen. Diese kleinen Einheiten, die sich größeren Zusammenschlüssen konsequent verweigerten und die intern nicht als Monarchien, sondern als Republiken verfasst waren, taten sich gegen die übermächtige, und nun wollen wir hier vielleicht missverständlich sagen *asiatische*, Großmacht Persien zusammen, um deren Eroberungsgelüsten entgegenzutreten. Hier stand nicht einfach eine Macht gegen die andere, sondern zwei unterschiedliche existentielle Ordnungen des Politischen. Auf der einen Seite das monarchisch organisierte Großreich Persien, soweit wir wissen in hohem Maße zentral organisiert, mit einem hoch entwickelten Staatsapparat und einem obersten Repräsentanten von Religion, Kultur, Gesellschaft und Staat. Auf der anderen Seite stand ein lockerer Verbund griechischer Stadtstaaten, deren tragender Teil, die *politai*, männliche, selbstständige Vorstände von Haushalten (*oikoi*) keine Macht über sich dulden wollten, weder eine klerikale noch eine feudale, für die die Selbstherrschaft, die *Autarkie*, zu einem zentralen Wert geworden war, der nur eine schwach ausgeprägte Staatlichkeit zuließ. Steuern wurden nur in Notfällen, und dort wo mangelnde Spendierfreude oder große Armut die zentralen öffentlichen Aufgaben wie Tragödienspiele und Armenfürsorge in die Unterfinanzierung getrieben hatten, erhoben und kriegerische Auseinandersetzungen hatten eher den Charakter eines blutigen Kräftemessens, als den einer strategischen Ausdehnung eines hegemonialen Zugriffes.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die doppelte Abwehrstellung des zentralen politischen Wertes der Autarkie zu verstehen: Er war sowohl gegen klerikale Autoritätsansprüche, wie gegen feudale und speziell monarchische Herrschaftsansprüche gerichtet. Die religiöse Ordnung musste ihren Einfluss über eine Vielzahl von Festlichkeiten und Ritualen sichern und spielte in Gestalt gelegentlicher Politikberatung eine nicht wegzudenkende Rolle. Aber die Idee einer Ziviltheologie, die es den einzelnen Poleis gestattete ihre je spezifischen Riten zu etablieren und sie als Mittel der Kohäsion ihrer Polis einzusetzen, gab es in dieser Form in keiner anderen uns bekannten Hochkultur. In den Perserkriegen stand eine urbane Kultur der Freiheit gegen eine politisch-religiöse Monarchie, ein Verband von Verbänden freier Bürger gegen die Untertanen eines asiatischen Großreiches. Dass das so weit besser organisierte, auf Menschenleben weit weniger Rücksicht nehmende Großreich am Ende gegen die kleinen griechischen Poleis verlor, gibt diesem historischen Ereignis natürlich erst seine Qualität als Gründungsmythos.

Die hier gegebene Interpretation des Konfliktes zwischen Perserreich und griechischer Polis-Kultur entspricht möglicherweise nicht in allen Facetten der historischen Wahrheit, aber es

leitete die Interpretation, beginnend bei den griechischen Zeitgenossen. Letztlich ist es in unserer – normativen – Perspektive auch unwesentlich, in welchem Umfang dieser Gründungsmythos historischen Tatsachen entspricht. Er eignet sich jedenfalls um eine normativ verfasste Identität Europas zu akzentuieren. Ich spitze zu: Die antike Geschichte des Mittelmeerraumes ist keine Vorgeschichte Europas, sondern ist genuine europäische Geschichte. Europa hatte eine historische Realität lange bevor die Nationalstaaten die Bühne der Weltgeschichte betraten. Das antike Europa war bei allen Friktionen historische Realität, ein Zusammenhang von Ideen, Menschen und Gütern, durchzogen von Konfliktlinien, aber zusammengehalten durch den Ursprung der griechischen Polis-Kultur, dann überformt durch die zivilisatorische Leistung des Imperium Romanum.

Bleiben wir daher noch bei dem Ursprung Europas und versuchen wir daraus weitere Elemente seiner normativen Identität zu destillieren. Neben den oben genannten zentralen Wert der Autarkie, der nicht nur politische Implikationen hatte, sondern die wirtschaftliche Verfasstheit der Polis ebenso bestimmte, wie die interpersonalen Verhältnisse der Vollbürger innerhalb der Polis, ist es vor allem das Phänomen der *Rationalisierung*, also das frühe Entstehen wissenschaftlichen, nach-mythologischen Denkens, das diese griechische Polis-Kultur prägte, natürlich in ganz besonderem Maße Athen und einige Pflanzstädte (Kolonien). Wissenschaftliche Rationalität fragt nach Gründen ohne weltanschauliche, politische oder religiöse Vorgaben. Wie wir nach der enttäuschenden Geschichte des neuzeitlichen Rationalismus wissen, kann Wissenschaft nie voraussetzungslos sein. Ihre Voraussetzungen liegen in der Lebenswelt begründet und nirgendwo wird das deutlicher, als bei ihren Ursprüngen in der griechischen Klassik. Aber die Fähigkeit zu lokaler Skepsis, die Fähigkeit auch lieb gewonnene und über Traditionen selbstverständlich gewordene Argumentationsmuster (Begriffe) und Überzeugungen in Frage zu stellen, den Versuch zu machen sie in einen größeren systematischen Zusammenhang einzubetten und sie damit auch einer Prüfung zu unterziehen, beginnt in einer zu dieser Zeit unbekanntem Radikalität mit der Vorsokratik. Man kann sogar guten Gewissens sagen, dass diese Blütezeit wissenschaftlichen Denkens mit dem Untergang der griechischen Polis-Kultur einen schleichenden Niedergang erlitt, der zunächst in Gestalt blühender Stätten der Gelehrsamkeit, im Aufbau umfangreicher Bibliotheken, im um sich greifenden Bildungswissen des Hellenismus einen glänzenden Abschied nimmt. Über den Umweg griechischer Hauslehrer und des entstehenden römischen Bildungsbürgertums verbreitet sich die wissenschaftliche Rationalität der griechischen Klassik über das mittelmeerische Europa allerdings in einer pragmatischen verflachten Form, die rhetorisch eindrucklich, aber philosophisch wenig ergiebig, die römische Spät-Stoa prägt.

Das Stichwort Stoa bringt uns zum dritten Element der normativen Identität Europas, das in der Antike seinen Ursprung hat: der *Universalismus*. Entgegen Jan Assmanns These vom Monotheismus als Ursprung des Universalismus, die in der Forschungsliteratur umstritten ist, scheint mir die erste Form eines genuinen Universalismus mit der Stoa, einer durch und durch säkularen Denktradition, vorzuliegen. Schon die frühe und die mittlere, aber vor allem die späte Stoa kennt nur noch menschliche Individuen in einem geordneten Kosmos. Sie scheidet nicht zwischen Polis-Bürgern und Barbaren, zwischen Römern und ihren Feinden, zwischen Gläubigen und Ungläubigen. Es geht ihr um den Menschen, seine Selbst- und Fremdverantwortung in einer vernünftig verfassten Ordnung. Hier kommt die in der Autarkie-Kultur der griechischen Klassik angelegte Selbstverantwortung des Individuums zu seiner vollen ethischen Entfaltung und zugleich tritt – nur scheinbar paradox – das Individuum in den geordneten Rahmen des Kosmos zurück, es relativiert seine Bedeutung und sein Leben. Der gebildete Stoiker bringt dies zum Ausdruck indem er leicht von diesem Leben Abschied nimmt, ohne auf ein jenseitiges zu hoffen. Der geradezu stille Untergang der römischen Oberschicht angesichts der Wucht unzivilisierter Eroberer aus dem Norden, hängt mit dieser stoischen Haltung zusammen. Wenn eine gute selbstverantwortete Lebensform nicht mehr möglich ist, dann kann es ohne Aufbäumen und Klagen beendet werden. Der geordnete Kosmos bleibt bestehen und das Schicksal des Einzelnen spielt für diesen keine Rolle. Die Würde des Stoikers ist nicht die des existentiellen Grenzfalles, sondern die der alltäglichen Pflichterfüllung gegenüber sich und den Mitmenschen, wie es in den Selbstbetrachtungen des römischen Kaisers Marc Aurel mit melancholischen Untertönen, aber sehr eindringlich zum Ausdruck kommt. Diese universalistische Weltanschauung der Stoa wird dann bald christlich eingemeindet und abgemildert, scheint mir aber der Nukleus einer Weltanschauung zu sein, die dann erst wieder im Renaissance-Humanismus zum Durchbruch kommt und bei Immanuel Kant ihre reife philosophische Gestalt annimmt: Die Idee der gleichen menschlichen Würde, gestützt auf den Vernunft-Charakter der Menschennatur. Es ist die *Verbindung von Humanismus, wissenschaftlicher Rationalität und Universalismus*, die den Aufbruch in die europäische Moderne prägt und die Grundlagen für eine durchaus problematische Dominanz europäischer Kultur über Jahrhunderte schafft.

Halten wir also vorläufig fest: In seinem Ursprung ist Europa ein überwiegend über Meersverbindungen zusammengehaltener Raum des Austausches von Idee, Menschen und Gütern, der sich von anderen vernetzten Räumen durch drei machtvolle untereinander verbundene normative Orientierungen auszeichnet. Es ist die Idee der Autarkie oder der individuellen Freiheit, die weder despotische noch klerikale Herrschaft duldet, welche sich

mit dem eigenständigen Gebrauch der Verstandeskkräfte, also wissenschaftlicher und ethischer Rationalität einerseits und der, Ethnien und Nationen transzendierenden Erkenntnis der grundsätzlichen Gleichbefähigung und Gleichwertigkeit des Menschen, also der Idee der *humanitas*, wie sie in der antiken Stoa angelegt ist, verbindet.

Wo bleibt in diesem, auf die griechische und römische Antike zurückgehende normative Bestimmung des Projektes Europa die Demokratie? Nun, in meinen Augen hat diese einen derivativen Status. *Demokratie* so wie wir sie heute verstehen, ist gerade Ausfluss von recht verstandener Autarkie, also der Sicherung bürgerlicher und menschenrechtlicher Freiheiten gegenüber staatlichen und klerikalen Autoritäten (wie sie etwa in Artikel 1 bis 19 Grundgesetz sich niedergeschlagen haben und in ähnlicher Weise in allen westlichen Verfassungsordnungen), aber auch die Idee der Kontrolle der Regierungen und die Möglichkeit ihrer Abwahl, die ja schon für die griechische Polis-Demokratie eine so zentrale Rolle gespielt hat.

Auch die Idee des *Rechtsstaats*, der rechtlich verfassten politischen Institutionen und der rechtlich verfassten Individualrechte, sehe ich in analoger Weise als ein derivatives Element dieser normativen Identität Europas an. Die rechtliche Gestalt des Staates ist eine der großen Leistungen des antiken Europa. Die Rechtsstaatsidee geht auf die griechische Klassik zurück. Sie ist schon in der Polis-Kultur verankert und wird überhöht im platonischen Spätwerk der *Nomoi*. Hier wird der zweitbeste Staat beschrieben und damit endlich der Ausweg aus der Aporie des vierten und fünften Buches der *Politeia* gefunden, die darin bestand, dass nicht zu erwarten war, dass die vielen Ungebildeten jene *sophrosyne* als spezifische Tugend ihres Standes ausbilden, die die Stabilität der Polis und die Unterordnung unter wissenschaftliche Rationalität garantieren könnte.

Damit sind *fünf Elemente der normativen Identität Europas* umschrieben: *Autarkie*, *Rationalität*, (*universalistische*) *Humanität*, *Demokratie* und *Rechtsstaat*. Die ersten drei miteinander verkoppelt und fundamental, die letzten beiden derivativ, aber von mindestens gleicher Relevanz.

Wie steht es nun aber um die Rolle des *Christentums* für die normative Identität Europas? Anders als die islamischen Schriften und das islamische Denken rezipiert die christlich geprägte Gelehrsamkeit der Spätantike und des Mittelalters nicht nur eklektisch das eine oder andere nützliche Element griechischer Philosophie und Wissenschaft, römischer Rechts- und Staatstradition, sondern geht mit diesen eine unauflöslche Beziehung ein. Die Patristik steht in der Tradition des Platonismus und Neu-Platonismus, der Thomismus in derjenigen

Aristoteles und die Ethik und Anthropologie der Stoa wird so weitgehend vom christlichen Denken aufgenommen, dass die römischen Schriften der späten Stoa mit ihren Appellen an Mäßigung und Selbstzucht, Rücksichtnahme und Pflichterfüllung sich – abgesehen von der fehlenden Transzendenz-Erfahrung – fast wie christliche Traktate lesen. Im Gegensatz zum Islam werden die antiken Schriften in Latein, später auch in Griechisch rezipiert, vielfach abgeschrieben und diskutiert, während die Früchte griechischer Gelehrsamkeit im arabischen Raum ins Arabische selektiv übersetzt, dort in imponierende wissenschaftliche Denkgebäude eingebettet werden, aber der kritische und aufklärerische Geist der griechischen Klassik auf diesem Wege keine Wirkungen zeitigt. Auch die christlichen klerikalen Autoritäten sind bemüht, das Verstörende, etwa die erotische Libertinage der griechischen Klassik, zu verbergen und zu verdrängen, auch sie tendieren zu selektiver Lektüre und kontrollierter Rezeption, aber der griechische und römische Geist bleibt hier lebendig, so dass es lediglich einer anhaltenden Erschütterung des christlichen Weltbildes durch Nominalismus und Astronomie bedurfte, um ihn wieder in Humanismus und Renaissance zu einer prägenden historischen Kraft werden zu lassen.

Die Auflösung des alten Denkens geschieht unter Rückgriff auf das ganz Alte, Vorchristliche, Platonismus und Epikureismus werden gegen Aristotelismus in Stellung gebracht.

Machiavelli zitiert ausführlich aus römischen Traktaten, Gassendi setzt Epikur wieder ins Recht, Giordano Bruno Platon. Der ganz alte Geist am Ursprung des europäischen Projektes blieb das Mittelalter hindurch lebendig – zunächst dogmatisiert hinter Klostermauern – und erlebt dann eine neue Blüte ohne Dogma in Humanismus und Renaissance und bereitet damit die europäische Aufklärung vor, die in der amerikanischen und der französischen Revolution kulminiert und den europäischen Kontinent in eine Dynamik treibt, die ihre augenfälligste Gestalt zunächst im Aufblühen der Wissenschaften hat, in der Entstehung einer europäischen Universitätslandschaft, um dann mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts eine explosionsartige und sich immer weiter beschleunigende Entwicklung in Technik, Wirtschaft, aber auch Gesellschaft und Politik auszulösen. Europa dominiert für einige Jahrhunderte weite Teile der Welt, alte Hochkulturen werden zerstört und dauerhafte Abhängigkeiten geschaffen., Das starke Bevölkerungswachstum und die neue Mobilität lassen Millionen Europäer in die Neue Welt, die beiden Amerikas, emigrieren. Verelendung und Verstädterung, neuer Reichtum der Kaufleute und Industriellen, Abstieg der alten feudalen und klerikalen Stände, Entsolidarisierung und die Entstehung eines städtischen Bürgertums pflügen den europäischen Kontinent um. Zugleich verbreiten sich europäische Kultur, Technik, Wirtschaft und Lebensweise über die Welt bis die europäische Selbstzerstörung in zwei Weltkriege, in

abgeändert erschienen in: NG/FH, 12/2006, S. 5-10.

Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus einmündet und eine mühsame  
Rekonstruktion des europäischen Projektes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nötig  
macht.

Diese Rekonstruktion muss da wieder ansetzen, wo die europäische Selbstzerstörung begann:  
An der gemeinsamen Wissenschafts- und Kulturtradition, einer europäischen, multilingualen  
Bürgerschaft, dem Rekurs auf das griechische und römische Erbe, dem europäischen  
Humanismus und der europäischen Aufklärung, eben an den zentralen europäischen Werten  
der Autarkie und der Freiheit des Individuums, der Rationalität und der Autonomie von  
Wissenschaft und Kunst, des Universalismus in Anthropologie (Gleichheit) und Ethik  
(Menschenrechte), der Demokratie und des Rechtsstaates.

Der Verfasser lehrt politische Theorie und Philosophie an der Universität München. Er war in  
den Jahren 2001 und 2002 Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder.